



GESUNDHEITSINFO

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

PFLEGE STATT PANZER!

Für mehr Personal im Gesundheitswesen!



Jeder von uns kennt den Pflegegenotstand. In Krankenhäusern und Pflegeheimen mangelt es überall an Personal. Wir trauen uns kaum noch, das überlastete Personal um das zu bitten, was wir brauchen. Für die Verwaltungschefs der Krankenhäuser existieren wir nur als Fallpauschalen. Ärztinnen und Ärzte werden angehalten, Patientinnen und Patienten möglichst schnell zu entlassen. In dieser Situation ist es oft schwierig, sich zu wehren und

**26. Mai 2019
Kommunisten
wählen –
DKP wählen!**

das einzufordern, was uns zusteht: eine gute Versorgung und einen freundlichen Umgang. Für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich gilt das Gleiche. Nur für die nötigsten Dinge bleibt Zeit. Vieles bleibt auf der Strecke. Beschäftigte können kaum noch verantworten, was sie auf der Arbeit tun. Das müssen wir gemeinsam ändern.

Für unsere Würde – Weg mit den Fallpauschalen!

Die Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2002 machte es möglich, Gewinne in den Krankenhäusern zu erzielen. Je weniger Personal eingesetzt wurde, umso mehr blieb von der Fallpauschale für das Krankenhaus übrig. Von 2002 bis 2007 wurden allein in der Pflege 33 000 Stellen in den Krankenhäusern abgebaut. Außerdem wurde massenhaft privatisiert. Von 1 800 Krankenhäusern sind mittlerweile mehr als 750 privat. Aus unserem Kranksein werden Profite gemacht. Entschieden wird nicht nach medizinischen Gesichtspunkten, sondern nach möglichst hohen Gewinnen. Notaufnahmen, Geburtsstatio-

Wir kandidieren für eine bessere Pflege



Die DKP kandidiert mit 37 Kandidatinnen und Kandidaten zur EU-Wahl am 26. Mai, um dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben. Die EU steht für Privatisierung und damit auch für Personalabbau, Dumpinglöhne und miese Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen. Spitzenkandidat der DKP ist **Olaf Harms aus Hamburg**. Er ist aktiv in der Gewerkschaft ver.di und im Hamburger „Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“.



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Gesundheit
– dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne (gratis):

- Die UZ sechs Wochen
Probelesen (Print & Online!)
Der Bezug endet automatisch
- Das EU-Wahlprogramm der DKP
- Weitere Informationen über
die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Partei Vorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de



nen und Kinderstationen werden geschlossen, Bereiche mit lukrativen Fallpauschalen werden ausgebaut. Die Fallpauschalen müssen abgeschafft werden, das Kostendeckungsprinzip muss wieder eingeführt werden.

Für gute Versorgung – Gegen Personaluntergrenzen!

Durch den großen Druck musste auch die Bundesregierung handeln. Aber ihre Gesetze lösen die Probleme nicht. Statt Ausstieg aus den Fallpauschalen wird durch die Hintertür eine Pflegepauschale eingeführt. Statt bedarfsgerechter Versorgung

werden völlig unzureichende Untergrenzen festgesetzt. Wir streiten für eine am Bedarf orientierte Personalbemessung, wie sie bereits in den Volksinitiativen in vier Bundesländern vorgesehen ist! Geld ist genug da! Es fließt in Hochrüstung und Kriegspolitik. Wir fordern Abrüsten statt Aufrüsten! Das Geld brauchen wir für Bildung, Soziales und Gesundheit!

Für eine Perspektive! Mach mit in der DKP!

Der Kampf für eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Personal in den Krankenhäusern ist ein wichtiger Streit, um unsere Lebensbedingungen zu verbessern. Er ist ein Kampf gegen die Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung, die natürlich nicht nur die Gesundheitsberufe betrifft. Letzten Endes ist er ein Kampf darum, als Mensch behandelt zu werden und auch andere als Menschen zu behandeln.

Solange wir im Kapitalismus leben, werden wir immer um unsere Würde als Menschen kämpfen müssen, sei es auf der Arbeit, als Patient im Krankenhaus oder beim Arbeitsamt. Darum kämpfen wir als DKP nicht nur für mehr Personal in den Krankenhäusern, sondern auch für eine sozialistische Gesellschaft.



Monika Münch-Steinbuch, Stuttgart, ist die Vertreterin der DKP im bundesweiten Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“. Sie kandidiert auf Platz 6 der DKP-Liste zur EU-Wahl.

EU HEISST PRIVATISIERUNG

Hände weg von unseren Kliniken!

Durch die unzureichende Krankenhausfinanzierung sind viele Krankenhäuser in öffentlicher Hand so an die Wand gefahren worden, dass sie von privaten Konzernen wie SANA, Fresenius-Helios und Asklepios geschluckt wurden. Für Beschäftigte und Patienten mit schlimmen Folgen durch Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Lohnkürzungen.

Die Akte Calw

Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) will mehr. Mit einer Musterklage hat der Verband versucht, den Kommunen die Rettung ihrer Kliniken zu verbieten. Argumentiert wird mit dem EU-Wettbewerbsrecht, das staatliche Beihilfen für im Wettbewerb stehende Unternehmen verbietet. Der Verband hoffte mit

dem Landkreis Calw in Baden-Württemberg ein leichtes Spiel zu haben.

Der Landkreis hatte die Existenz seiner beiden Krankenhäuser in Calw und Nagold finanziell abgesichert, um die Grundversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Er konnte die Klage des BDPK bis zum Bundesgerichtshof abwehren. Der weitere Rechtsweg zum EuGH wurde nicht zugelassen. Die Auflagen haben es aber in sich und machen den Kommunen das Leben schwer.

Um ihre Kliniken finanziell absichern zu dürfen, müssen sie einen detaillierten und „nach EU-Kriterien transparenten Vertrauensakt“ vorlegen. Es darf zudem keine anderen „Marktteilnehmer“ geben, die in der Lage sind, die Aufgaben zu erfüllen. Die Sicherung der Patientenversorgung alleine reicht also nicht. Im Zweifelsfall sind private Unternehmen im Rahmen nach EU-Beihilferecht vorzuziehen.

Umfassender Angriff

Der Angriff auf die Kliniken ist umfassend. Gemäß des sogenannten Alumia-Pakets der EU



Detlev Beyer-Peters, Recklinghausen, ist stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender des AWO-Bezirks Westliches Westfalen e.V. und Mitglied der ver.di-Tarifkommission Altenpflege auf Bundesebene. Der Fachkrankenfleger kandidiert auf Platz 28 der Liste der DKP zur EU-Wahl.

von 2012 sind Krankenhäuser „Unternehmen“, die eine „Dienstleistung von allgemeinerwirtschaftlichem Interesse“ erbringen. Die Richtlinie verpflichtet sie auf Effizienz- und Optimierungsmaßnahmen. Auch in Freihandelsabkommen der EU wie TTIP, CETA und TiSA ist die Öffnung des Gesundheitswesens für Investoren vorgesehen.

Der Verfassungsrichter a. D. Siegfried Broß bestreitet allerdings die Zuständigkeit der EU für deutsche Krankenhäuser: „Das Grundgesetz lässt diese primär ökonomische Betrachtung der Krankenhausversorgung in Deutschland nicht zu.“



Katinka Manitzke, Oldenburg, arbeitet als Pflegehilfskraft in der Heilerziehungspflege mit körperlich und geistig beeinträchtigten Menschen. Sie ist Betriebsrätin und aktiv im ver.di-Fachbereichsvorstand und kandidiert auf Platz 14 der DKP-Liste zur EU-Wahl.



DIE EU MACHT KRANK ...

... ZUM BEISPIEL IN GRIECHENLAND



In den Jahren nach der Wirtschaftskrise von 2007 haben die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und die Regierung drastische Sparmaßnahmen in Griechenland umgesetzt. Löhne und Renten wurden um 30 bis 60 Prozent gesenkt, das Arbeitslosengeld gekürzt, der Mindestlohn reduziert und die Mehrwertsteuer erhöht. 2015 galten rund 22 Prozent aller Griechen als extrem arm – sie

waren nicht mehr in der Lage, ihre grundlegenden Bedürfnisse selbst zu befriedigen. Getroffen wurde die Arbeiterklasse.

Gleichzeitig wurden die enorm hohen Rüstungsausgaben beibehalten, von denen insbesondere deutsche und französische Rüstungskonzerne profitieren. Die griechischen Reeder, die zu den weltweit Größten gehören, zahlen keinerlei Steuern. Seit 2007 wurden etwa 200 Milliarden Euro von Griechenland in die Schweiz gebracht. Was auf der einen Seite als Schulden des Staates Griechenland erscheint, sind auf der anderen Seite die Gewinne der Rüstungsunternehmen, der Reeder und der Banken. Auch deutsche Bauunternehmen profitierten zum Beispiel von den etwa 20 Milliarden teuren Olympischen Spielen in Griechenland.

Für ihre Gewinne wurde das Gesundheitssystem in Griechenland zerstört. Im Gesundheitsbereich wurden seit 2007 die Ausgaben um 60 Prozent gekürzt.

Gesundheitszentren und Krankenhäuser mussten schließen, knapp die Hälfte aller Ärzte an staatlichen Kliniken wurden entlassen. Fast 20 000 Ärztinnen und Ärzte haben das Land verlassen. Krankheiten wie Tuberkulose, die eigentlich bereits ausgerottet waren, breiten sich wieder aus. Die Säuglingssterblichkeit – ein Indikator für die soziale Entwicklung – ist stark angestiegen.

Unsere Solidarität gehört den kämpfenden Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Kommunistischen Partei in Griechenland (KKE), die diese Kämpfe unterstützt.



Heike Warschun, Aachen, arbeitet als Pflegekraft in einer Außenwohngruppe einer Behinderteneinrichtung. Seit mehreren Jahren setzt sie sich als Betriebsratsvorsitzende für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen ein. Sie kandidiert auf Platz 22 der DKP-Liste zur EU-Wahl.



Markus Zieger, Erfurt, ist Altenpfleger und Mitglied in der Gesamtmitarbeitervertretung der Diakonie. Er kandidiert auf Platz 31 der DKP-Liste zur EU-Wahl.


DKP
Deutsche Kommunistische Partei
dkp.de